

Information

des Forums Flugplatz Dübendorf

Im Jahr 1990 gegründeter unabhängiger Verein, dessen Mitglieder sich zu einer glaubwürdigen Landesverteidigung und effizienten Luftwaffe bekennen.

Postfach 1085, 8600 Dübendorf 1, Postkonto: 80-47799-0 / Internet: <http://www.forum-flugplatz.com> / E-Mail: forum@forum-flugplatz.com

Liebe Mitglieder

Liebe Interessenten

Um die im laufenden Jahr zu erwartenden 32'000 Asylgesuche personell bewältigen zu können, hat der Bundesrat 155 zusätzliche Stellen genehmigt. Ganz anders beim Dep. für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), das per 31. 12. 2000 weitere 500 Stellen streichen wird. Laut VBS wird dies trotz Sozialplan nicht ohne Härtefälle ablaufen. Die wesentliche Aufstockung im Asyl- und Sozialwesen und der eklatante Abbau im Sicherheitsbereich entspricht exakt den Vorstellungen linker Kreise. Die von der Sozialdemokratischen Partei initiierte und von armeerfeindlichen Organisationen unterstützte Initiative für die Halbierung der Armeefinzen ist - N.B. ohne den Segen des Stimmvolkes - bereits im Vollzug begriffen! Der durch den «Runden Tisch» propagierte zusätzliche Raubzug auf das VBS-Budget bedeutet nur noch das Tüpfelchen auf dem «i» während das grosszügig offerierte Globalbudget lediglich ein psychologisches Zückerchen für «Leichtgläubige» darstellt! Das wird aber mit Sicherheit keinen linken Parlamentarier daran hindern, Einzelpositionen dieses Globalbudgets zu gegebener Zeit zu zerpfücken und zu torpedieren!

Es wäre auch eine Illusion anzunehmen, die Plünderung der «Armeeschatulle» hätte keine Auswirkung auf den Waffen- und Flugplatz Dübendorf.

Eine Armee, die nur noch durch das Budget diktiert wird und dadurch den verfassungsmässigen Auftrag nicht mehr erfüllen kann, wird unglaubwürdig. Das Schweizer Volk hat jedoch bei Urnengängen die Notwendigkeit einer glaubwürdigen Armee immer wieder bestätigt!

Liebe Mitglieder und Interessenten, die vorliegende Ausgabe ist besonders diesem Thema gewidmet. Prominente Politiker wehren sich gegen den andauernden Raubzug auf das Militärbudget und sagen ihre Meinung zum «Runden Tisch».

SAirGroup Konzerchef Philipp Bruggisser liebaugelt mit dem günstig gelegenen Flugplatz in Dübendorf. Mögliche Szenarien über die Nutzung nach 2010 werden unter die Medien gebracht und die SP Dübendorf glaubt sich als einzige «Anwältin der Dübendorfer Bevölkerung» mediengerecht auf's Pferd schwingen zu müssen. Nun, es gibt

tatsächlich Ideen, realistische und andere. Es ist deshalb unklug, ein Paket ungeöffnet in den Kübel zu werfen, wenn man sich ein Urteil über dessen Inhalt bilden will. Noch ist wenig Konkretes darüber bekannt!

Wer hingegen den Status quo auch nach 2010 beibehalten will, ist gut beraten, sich in zunehmendem Masse politisch verstärkt für den Militärflugplatz Dübendorf und seinen Flugtrieb einzusetzen. «Bern», und damit meine ich das VBS, ist mit Nachdruck deut-

lich zu machen, dass die Region zur Rettung der noch verbliebenen Arbeitsplätze und für einen artreinen Flugbetrieb den Militärflugplatz ausdrücklich so behalten will! Das schliesst eine deutlich positive Einstellung zur Stationierung des neuen Kampfflugzeuges - trotz zunehmender Störmanöver gewisser Kreise - ein! Die Hornet wird dereinst zur einzigen noch verbleibenden Spezies von Kampfflugzeugen in unserer Luftwaffe avancieren. Ihr Peter Bosshard, Präsident.

Protest gegen Plünderung des Militärbudgets

Nach der bundesrätlichen Bestätigung der bürgerlichen Kapitulation an Kaspar Villigers Runden Tisch, erwartet die «Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Milizarmee» (AWM), der Zusammenschluss der schweizerischen Milizorganisationen, eine Korrektur dieses einseitigen Sparprogramms durch die eidgenössischen Parlamentarier. Sollte dies wider Erwarten nicht erfolgen, rückt die Ergreifung des Referendums gegen die Sparbeschlüsse des Runden Tisches in greifbare Nähe.

Die AWM befürwortet das „Haushaltsziel 2001“. Sie ist aber über das Nachgeben des Bundesrates gegenüber der wortbrüchigen politischen Linken am Runden Tisch enttäuscht. Dass es der SP und ihren Verbündeten nicht um die Sanierung der maroden Bundesfinanzen sondern um die nachhaltige Sicherung der eigenen politischen Pfründe geht, beweist deren isolierte Ablehnung des „Haushaltsziels 2001“.

Die AWM behält sich eine Bekämpfung der 4%igen kumulativen Kürzung des VBS-Budgets durch das Referendum vor. Es kann nicht sein, dass mit den rigorosen Kürzungen die Gestaltung der künftigen Landesverteidigung sabotiert wird und im Gegenzug das zuständige Departement mit Dutzenden von Millionen Franken private Fussballstadien sanieren soll. Die Kürzungen müssen auf 2 oder 3% reduziert werden.

Gedanken zur Erhaltung der Glaubwürdigkeit unserer Armee aus Anlass des „Berichtes Brunner“

Weitere Einsparungen bei der Armee stehen m.E. in keiner Weise mehr zur Diskussion, lediglich kommen Verlagerungen innerhalb der Armee in Frage.

Um den Wissenstand nicht zu gefährden, sollte unsere Milizarmee ihre Truppenverbände in der Regel wieder im Jahresrhythmus aus- und weiterbilden und dadurch im Volksdenken verfestigen. Die geostrategische Lage scheint, trotz allen Expertenbeurteilungen, doch recht unberechenbar.

Zu Bedrohung und neuen Gefahren: Ein übersteigerter Nationalismus kann bei einzelnen EU-Mitgliedern schneller aufkommen, als wir denken. Fraglich ist m.E., wie wir, falls wir in absehbarer Zeit auch zur EU gehören sollten, als kleines Land unsere Meinungen und Interessen in diesem „Vielvölkerstaat“ EU einbringen können, d.h. Gehör finden. Bei den meisten demokratischen Staaten, die Mitglieder der EU sind, konnte das Volk nicht über den Beitritt mitentscheiden.

Die nützlichen Institutionen „Partnerschaft für den Frieden“ und „Schweizer Solidaritätskorps“ im militärischen Bereich würden unser Militärbudget wesentlich erhöhen. Einer solchen Sachlage ist Rechnung zu tragen und deshalb ist schnellstens dem auferlegten Einsparen von 500 Millionen Franken entgegenzutreten. Wenn jemand glaubt oder sich erhofft, aufgrund des Berichtes Brunner das VBS-Budget kürzen zu können, der irrt. Im Gegenteil, es wird eine namhafte Aufstockung der Finanzen notwendig sein und ich betone, zwingend notwendig. Adelheid Gurtner



Fritz Burkhalter
Ehrenpräsident des Kantonalen
Unteroffiziersverbandes

Auszug aus seiner Rede anlässlich der Delegiertenversammlung vom 4.4.98 im OAZ.

Feindbilder sind verschwunden, die gesamte Welt schwelgt im Frieden. Alle Armeen können aufgehoben werden und die Rüstungsmilliarden fliessen der allgemeinen Wohlfahrt zu.

Schöne Worte! Doch wir alle hier im Saal wissen, dass dies nur Luftschlösser sind. Es gibt Momente, wo ich das Gefühl nicht los werde, dass Einige weder lesen, noch hören und sehen können oder wollen.

Denn gerade jetzt kann mir niemand weis machen, dass wir von nirgend woher mehr Gefahr zu erwarten haben. Es muss ja nicht immer eine militärische Aggression sein. Leider lauern vernichtende Besitzeskämpfe überall dort, wo Hunger, Elend, Fundamentalismus, diktatorische Staatsgefüge bestehen oder verschiedene Religionen aufeinander stossen. Denken wir hier vor allem an Algerien, Luxor in Ägypten, Kosovo, Irak usw. Keine der oben genannten Eigenschaften kennen wir in unserem Lande, „Gott sei Dank“.

Dies kam jedoch nicht von heute auf morgen, es wurde erarbeitet. Dass wir im ersten und zweiten Weltkrieg verschont blieben, kommt nicht von ungefähr.

Unser solides Staatsgefüge, unsere Leistungen, unser Verhalten gegenüber der Neutralität wurde immer und wird auch heute noch geachtet. Die Schweiz, unsere Schweiz, ist und bleibt halt etwas besonderes auch wenn dies im Moment von verschiedenen angezweifelt wird. Deshalb war auch ich in den letzten 12 Präsidentschaftsjahren bereit, für unser Land einzutreten, mitzutragen, mitzubestimmen und mitzuverzichten.

Leider gibt es aber Gruppierungen, die sich immer mehr über demokratisch gefällte Entschiede hinwegsetzen, indem sie unter dem Vorwand die Volksrechte wahrzunehmen, Unterschriften für Initiativen mit Rückwirkungsklauseln sammeln, um ihr Ziel, die Abschaffung unserer Milizarmee zu erreichen. Ich appelliere an Euch, liebe Kameradinnen und Kameraden, nehmt eure Pflicht als Schweizerbürger bei Abstimmungen und

Wahlen vermehrt wahr. Setzt euch mit den wichtigsten Entscheiden, die in unserem Land in nächster Zeit bevorstehen, auseinander, bildet eure Meinung und lässt nicht die anderen entscheiden.



Dr. Ulrich Schlüer
Nationalrat

Das finanzielle Desaster, dem sich der Bund gegenüber sieht, ist nachweisbar nicht durch die Aufwendungen für die Landesverteidigung verursacht.

Echtes Sparen fand auf Bundesebene in den vergangenen Jahren nur im Verteidigungsbereich statt.

Anderer Bereiche (Kultur/Freizeit - soziale Wohlfahrt - Asylwesen Gesundheit - Verkehr) sind für das exorbitante Ausgabenwachstum beim Bund verantwortlich.

Seit Beginn der Neunzigerjahre (seit der Ära Villiger/Eckmann) betont der auf «Öffnung» eingeschworene Bundesrat vor allem die «internationale Komponente» der Sicherheitspolitik, ohne dass es ihm je gelungen wäre, diese militärpolitische «Öffnung» dem Souverän wirklich plausibel zu machen (Nein zur Blauhelm-Vorlage!)

Der von Bern favorisierte internationale Aktivismus unter dem Deckmantel «Sicherheitspolitik» entfremdet die Armee dem Volk; für breite Schichten der Bevölkerung (insbesondere jene, die Armeevorlagen immer solide unterstützt haben) ist die Armee unverändert das Hauptinstrument zur Sicherung von Freiheit und Selbstbestimmung des eigenen Landes.

Der internationale Aktivismus mit Armeemitteln hat unserem Land (z. B. gegenüber den USA) bisher kaum sichtbaren Nutzen gebracht. Aber er unterminiert allmählich das Fundament, auf das die Landesverteidigung im Souverän jahrzehntelang zählen konnte.

Wenn die in der Vergangenheit solide Verankerung einer glaubhaften Landesverteidigung in der Bevölkerung erodiert, gerät das VBS zunehmend in Gefahr, von anderen, weit weniger sparsamen Departementen als

«finanzieller Steinbruch» missbraucht zu werden.

Das hat die Armee am «Runden Tisch» zu spüren bekommen, als sie das Hauptopfer pauschaler Streichübungen wurde, die sachlich nicht einmal begründet wurden.

Aufschlussreicher Nebenaspekt: Die Regieführung am «Runden Tisch» lag beim Gespann BR Villiger/Eckmann, das seinerzeit die «Internationalisierung» der Landesverteidigung eingeleitet hat.

Die finanziellen Aufwendungen für das Asylwesen wurden am «Runden Tisch» von Kürzungen ausdrücklich ausgenommen. Die Armee, deren aufgabengerechter Grenzinsatz zur Unterbindung der stark zunehmenden illegalen Einwanderung seit Monaten mit steigender Intensität gefordert wird, wird dagegen Hauptopfer der Streichungsübung am «Runden Tisch». Wie sollen derartige Widersprüche einem zweifellos ungeduldiger werdenden Souverän plausibel gemacht werden ?

Vordringlichste Aufgabe des VBS ist es, Zweck und Einsatzkonzept der Armee im Rahmen schweizerischer (das eigene Land schätzender) Sicherheitspolitik (gerade auch gegenüber neuen Bedrohungsformen) der breiten Bevölkerung verständlich zu vermitteln, damit der wichtigste Pfeiler der Armee, ihre solide Verankerung im Volk nämlich, nicht weiter erodiert. Und daraus ist abzuleiten, welche Mittel die Armee zur Erfüllung ihres Auftrags unabdingbar benötigt.

130'000 Besucher am Armeetag

Am 19./20. Juni präsentierte sich unsere Armee in Frauenfeld für Jederman/Fraubuchstäblich zum Anfassen. Der imposante Aufmarsch von 130'000 Besuchern und Besucherinnen aus der ganzen Schweiz, und in grossen Scharen erfreulich junges Publikum, demonstriert einmal mehr, wie gross das Interesse an unserer Landesverteidigung ist und wie stark unserer Armee im Schweizer Volk - allen Unkenrufen gewisser Kreise zum Trotz - immer noch verankert ist! Die Motivation, dem zahlreich erschienenen Publikum eine Kostprobe ihres Könnens zu bieten, stand den Soldaten und Soldatinnen buchstäblich ins Gesicht geschrieben. Diese Ausstrahlung übertrug sich auf die Zuschauer so, dass keine Demonstration ohne herzlichen Applaus zu Ende ging. Schade nur, dass der imposante Aufwand für lediglich zwei Tage betrieben wurde, die bei weitem nicht ausreichten, alle interessanten Darbietungen besuchen zu können. Dass die Präsentation eines gepanzerten Angriffs auf der Allmend ohne Übungsmunition - Kanonendonner inbegriffen - über die Bühne lief, war zu verschmerzen. Gewisse «Ängste» des VBS vor «Angriffsflächen» blieben für mich allerdings nicht verborgen. Eine grössere Portion Mut wäre sicher nicht zum Schaden unserer Armee! Peter Bosshard

Raubzug gegen die Armee- jetzt reicht's!

von Ständerat Willy Loretan, Zofingen

Zur Ausgangslage

Wir alle kennen die katastrophale Finanzlage des Bundes und die bislang mehr oder weniger ergebnislosen Anstrengungen, Gegensteuer zu geben. Vor wenigen Wochen hat der Bundeshaushalt die ominöse Schallmauer von 100 Milliarden Schulden durchbrochen. Und es geht so weiter bis ins Jahr 2001. Die Schulden des Bundes werden, mit jährlichen Milliardendefiziten, auf 115 Milliarden angewachsen sein. Die am stärksten wachsenden Ausgabenbereiche sind die Soziale Wohlfahrt, die bereits heute fast 30 Prozent des gesamten Ausgabenkuchens des Bundes beansprucht, sodann der Verkehr und natürlich der Schuldendienst, der mit bald vier Milliarden jährlich im Begriff ist, das Budget von VBS und Armee zu überholen.

Die Misere soll in zwei Schritten behoben oder doch mindestens einer Besserung zugeführt werden. Am kommenden 7. Juni werden Volk und Stände über einen neuen Verfassungsartikel **«Haushaltsziel 2001»** abstimmen, welcher die eidgenössischen Räte und den Bundesrat in die Pflicht nehmen soll, die jährlichen Defizite auf ein erträgliches Niveau abzusenken, und zwar nicht über Mehreinnahmen, sondern über Einsparungen, bis der Rechnungsausgleich im wesentlichen erreicht ist. 1999 soll in drei Schritten das Jahresdefizit auf fünf Milliarden, dann auf 2,5 Milliarden und im Jahr 2001 auf rund eine Milliarde abgesenkt werden. Damit ist vorderhand lediglich der Mechanismus verbindlich festgelegt, wie der sog. Haushaltsausgleich erreicht werden soll. Über die dazu nötigen Massnahmen ist damit noch nichts ausgesagt. Trotzdem verdient diese Vorlage **vorbehaltlose** Unterstützung. Das Korsett für Bundesrat und Parlament ist nötig, um die Fettleibigkeit zu bekämpfen; wo die Leibesfülle abzuspäken ist, ist in einem weiteren Schritt festzulegen. Der Kampf um die Sparmassnahmen ist bereits eröffnet.

Bis heute haben vor allem die Armee und das im zudienende Departement EMD, heute VBS, happige Opfer auf dem Sparaltar des Bundes erbracht. Es kann nicht genug daran erinnert werden, welche «Friedensdividende» unsere Millizarmee seit 1991 bis heute bzw. bis 2001 auf diesen Sanierungsalter gelegt hat und noch legen wird, nämlich rund 9 Milliarden gegenüber den ursprünglichen Finanzplänen oder das zweifache EMD-Jahresbudget. Diese massiven Kürzungen bewirkten, dass die Ausgaben für die Armee in der Periode von 1990 bis 1998 real, d.h. kaufkraftgewichtet, um 28,1 Prozent abgebaut worden sind; die Rüstungsausgaben sind um rund 39 Prozent geschrumpft. Bis 2001 werden es gegen 40 Prozent, bei den Rüstungsausgaben gar um die 50 Prozent sein. Statt jährlich 4,7 Milliarden wie in der ursprünglichen Finanzplanung werden 2001 noch 4,3 Milliarden zur Verfügung stehen.



Dies war die Ausgangslage für die **Rundtischgespräche**, zu den Sparmassnahmen 1998, wie sie offenbar auch vom VBS gerade noch akzeptiert werden konnte.

Sparpolitik Ja - aber nicht immer weiter auf dem Buckel der Armee!

Es liegt auf der Hand, dass - wie das jeder Private und die Wirtschaft tun wird - vor allem bei den grossen Wachstumsbereichen - Soziale Wohlfahrt, Verkehr, Asylbereich usw. - angesetzt wird und nicht dort, wo bereits enorme Vorleistungen erbracht worden sind, eben bei der Armee und nota bene auch beim zweiten wichtigen Pfeiler unserer Sicherheitspolitik, beim Zivilschutz.

Dem trugen die Vorgaben des Bundesrates für die **Rund-Tisch-Gespräche** zwischen den Bundesratsparteien und den Wirtschaftsvertretern (Arbeitgeberverbände, Gewerbe und Arbeitnehmerverbände) noch einigermaßen Rechnung, wenn auch von Anfang an der **Armee** weitere, massive Opfer zugemutet wurden. Warum waren eigentlich die **Milizorganisationen** nicht mit von der Partie?

Dieser «Runde Tisch» hatte den Auftrag, noch vor Ostern zuhanden des «Stabilisierungsprogramms 1998» des Bundesrates Verbesserungen im Betrag von mindestens zwei Milliarden Franken pro Jahr zu erzielen, dies im Irrgarten verschiedenster, auseinanderstrebender politischer und wirtschaftlicher Interessenlagen, und dies logischerweise mit Schwergewicht bei den Ausgaben.

Dieses Zwei-Milliarden-Ziel kann akzeptiert und unterstützt werden, aber nicht in der Umsetzung, wie sie am frühen Morgen des 7. April von den übernachtigten Teilnehmern am «Runden Tisch» der staunenden Öffentlichkeit präsentiert wurde. **Das Resultat ist aus der Sicht der künftigen Sicherheitspolitik völlig unannehmbar.**

Weil im Sozialbereich wegen des erfolgreichen Widerstands der politischen und gewerkschaftlichen Linken die Sparvorgaben weit verfehlt wurden, einigte man sich am

«Runden Tisch» nicht nur auf Mehreinnahmen über Lohnprozente, sondern, in Abwesenheit des Chefs VBS im weiteren darauf, bei der Armee die jährlichen Sparsprünge auf **vier** Prozent zusätzlich anzusetzen, statt drei, wie vom Bundesrat dem «Runden Tisch» vorgegeben. Diese neuen Tiefsprünge machen in den Jahren 1999 bis 2001 total 1,1 Milliarden aus, hinunter auf einen **Budget-Plafond** für die militärische Landesverteidigung im Jahr 2001 **von noch knapp 4,1 Milliarden**, statt 4,7 bzw. 4,3 Milliarden, wie in der Finanzplanung bzw. in den Vorgaben des Bundesrates an den «Runden Tisch» festgelegt.

Einmal mehr soll nun der, auch nach früheren Bekräftigungen des seinerzeitigen EMD-Chefs Villiger, endgültig ausgebeutete, Sparsteinbruch VBS weiter erhalten, dies alles mit dem Beifall der bürgerlichen Parteien und der Wirtschaftsvertreter. Diese sehen mit an, wie die neue SP-Halbierungs- und Umverteilungsinitiative gegen die Armee auf kaltem Wege zum Ziel geführt wird, dies ohne Behandlung im Parlament und ohne die obligatorische Volksabstimmung!

Diese weitere, massive finanzielle Schwächung der Armee kann nicht hingenommen werden. Sie beeinträchtigt die Glaubwürdigkeit unserer Sicherheitspolitik im In- und Ausland. Die überfällige Umsetzung von «Armee 95» im Bereich der Ausbildung, wo die grössten Lücken bestehen, verzögert sich weiter, auf dem Buckel unserer Milizkader und unserer Soldaten, die ja nach wie vor ihre Dienstleistungspflichten zu absolvieren haben. Die Neuformulierung unserer Sicherheitspolitik, die «Armee 200X», gerät derart stark unter finanzielle Zwänge, dass man sich in allem Ernst die Frage stellen muss, ob weitreichende strategische Würfe für einen neuen Sicherheitspolitischen Bericht des Bundesrates, für neue Leitbilder für Armee und Zivilschutz usw., noch sinnvoll sind. Denn die derart mutwillig verknappten Finanzen werden die Marschrichtung geradezu diktieren, nämlich ins sicherheitspolitische Abseits. Warum der ganze Aufwand vieler kluger Köpfe, wenn dann schliesslich das Geld für die Umsetzung von deren Geistesblitzen ohnehin fehlen wird?

Alle, die **es** wissen wollen, wissen es: **Die neue Armee wird wohl kleiner werden, aber nicht billiger.** Selbst nach dem nicht über alle Zweifel erhabenen «Bericht Brunner» werden die deutlich zu verstärkenden Investitionen im High Tech-Bereich finanziell massiv ins Gewicht fallen. Zu denken ist z.B. an die Luftwaffe - wenn es eine Bedrohung von aussen gibt, dann am ehesten aus der Luft - und an unsere Territorialinfanterie, welche dringend über Schützenpanzer (Mowag) sollte verfügen können. Es bestehen Kontakte zur Industrie im Hinblick auf die Beschaffung eines neuen Kampfpf SPz (Ablö-

sung M113); wie soll denn diese Beschaffung finanziert werden?

Wir müssen handeln!

Der Bundesrat wird - für diese Vorhersage muss man kein grosser Prophet sein - das schräg geladene Fuder des «Runden Tisches» ohne Änderung in die Scheune fahren. Er wird den eidgenössischen Räten nach der Sommerpause das «Stabilisierungsprogramm 1998» - so wie vom «Runden Tisch» geladen und zusammengestellt - unterbreiten. Der entsprechende Paket-Beschluss wird dem fakultativen Referendum unterliegen.

Die Mitglieder der **eidgenössischen Räte** sind aufgerufen, in den Kommissionen und Fraktionen sowie in den beiden Räten für unsere Milizarmee anzutreten mit dem **Ziel:**

Allermindestens wieder die Vorgaben des Bundesrates mit den 3-Prozent-Jahressprüngen (und damit verbindlich zugesicherte Budgettranchen von minimal 4,3 Milliarden pro Jahr) sicherzustellen. Der «Runde Tisch» mit seinen 4-Prozentsprüngen darf auf gar keinen Fall akzeptiert werden. So oder so sind die vom Parlament dereinst beschlossenen Budgettranchen 1999 bis 2001 im Sinne eines **Globalbudgets** rechtlich und politisch abzusichern. Daran kann dann nicht mehr herumgeschraubelt werden. Darüber hinaus müssen verbindliche Zusicherungen im Blick **auf höhere Verteidigungsbudgets ab 2002** erreicht werden. Wir können mit absoluten Minimalbudgets nicht lange ins nächste Jahrtausend hineinmarschieren.

Wenn wir Parlamentarier jetzt nicht antreten und kämpfen, dann geht der Spazirkus auf dem Buckel der Armee weiter. Ich bin der entschiedenen Meinung, dass man im Extremfall lieber «in Ehren untergehen» soll, als weiter zuzusehen, wie unsere Sicherheitspolitik mit falsch angelegtem Sparen ruiniert wird.

Man wird uns fragen: Ja, wo wollt denn eigentlich Ihr sparen? - Meine Antwort: Dort wo die Ausgaben in nie gekanntem Ausmass explodiert sind, und wo sie weiterhin mit jährlichen Wachstumsraten von gegen drei Prozent weiter ins Unermessliche steigen sollen. Ohne die Zurückführung unseres Sozial- und Wohlfahrtsstaates auf ein vernünftiges Niveau, ohne Abschied von der Forderungs- und Giesskannenmentalität, ohne Konzentration der staatlichen Fürsorge, dort wo sie wirklich nötig ist, werden wir die Bundesfinanzen nie sanieren!

Besuchen Sie uns im Internet: 100 Seiten interessante Infos über den Flugplatz, unsere Luftwaffe, Landesverteidigung und Sicherheitspolitik.
<http://www.forum-flugplatz.com>

Forum Flugplatz Dübendorf

Präsident: Peter Bosshard
Vizepräsident: Aldo Wicki
Aktuar: Robert Steiner
Kassierin: Heidi Knecht



**Dr. Daniel Heller
Grossrat Aarau**

Sparen am „Runden Tisch“: Unakzeptable Sparbeschlüsse gefährden Armee

Runder Tisch mit Lücken

Während am «Runden Tisch» von Bundesrat Villiger die meisten Departemente und Teilpolitiken zusätzlich durch ihre Lobbys vertreten waren, hatte die Armee neben dem Departement (ohne Stimmrecht!) keine Fürsprecher mit am Tisch. Dabei hätte eigentlich gerade Herr Bundesrat Villiger wissen müssen, dass gegen den Willen der Milizverbände in der Militärpolitik nichts mehr läuft. Noch 1993 war man um die Aktivitäten dieser Organisationen froh und liess sich von 35'000 Menschen auf dem Bundesplatz feiern; heute glaubt man im Finanzdepartement, dass dem Bereich Armee und Landesverteidigung ohne Konsultation derselben Kreise laufend und immer wieder mehr Mittel entzogen werden können.

Wer gibt, dem wird genommen!

Man handelt nach den Sparvorleistungen des EMD resp. VBS in den Jahren 1990 bis 1997 wohl nach dem Motto: *Wer gibt, dem wird genommen.* Trotz Einsparungen in der Höhe von zwei VBS Jahresbudgets muss das VBS jetzt noch einmal jährlich 4% abstreichen. Damit ist das Mass überschritten. Diese Politik tragen wir nicht mehr mit, weil sie sachlich falsch ist und weil sie gegenüber einer glaubwürdigen Sicherheitspolitik unverantwortlich ist.

Wir akzeptieren keine Gefährdung der Korrektur von Mängeln der Armee 95!

In dieser Armee müssen in den nächsten Jahren noch Zehntausende von Schweizern Dienst leisten. Es ist absehbar, dass durch die wiederholten Kürzungen der nach wie vor gut dimensionierten VBS-Zentralbürokratie vor allem an der Front statt, d.h. in den Schulen und Kursen (Übungsmunition, Fahrzeuge, Ausrüstung, Betrieb) sowie bei der Unterstützung der Truppe (Kantone, Ausbildungsregionen, Zeughäuser, Waffenplätze etc.) gespart werden wird. Dadurch droht die Ausbildung noch schwieriger, noch weniger glaubwürdig und für zahlreiche Solda-

ten, Unteroffiziere und Offiziere zum frustrierenden Erlebnis zu werden. Das ist für uns unakzeptabel.

Wir akzeptieren keine Verunmöglichung einer glaubwürdigen Planung der Armee 200X!

Die geplante neue Armee 200X soll - im Gegensatz zur Armee 95 - durch einen logischen und deduktiven Prozess geplant werden: «Bericht Brunner», «Sicherheitspolitik 1999», «Armeeleitbild 200X», «Militärgesetz 200X», «Neue Armee». Durch die jetzt vorgesehenen gewaltigen Einschnitte in die Budgets des VBS ist diese seriöse Planung in Frage gestellt. *Die neue Armee droht über die Finanzen diktiert zu werden, was falsch ist.* Natürlich soll eine neue Armee auch effizient und kostengünstig sein. Prioritär ist aber - wie für alle anderen Teilpolitiken auch für die Sicherheitspolitik und ihr Kernelement die Armee - ein glaubwürdiges Ziel und Mittelsystem. Das ist durch die Finanzperspektiven heute eindeutig gefährdet.

SOG trägt die Beschlüsse dieser seltsamen Runde nicht mit

Aus diesen beiden Gründen trägt der Zentralvorstand der SOG und wohl auch die grosse Mehrheit der Schweizer Offiziere die einseitigen Beschlüsse dieser verfassungsmässig fragwürdigen, willkürlich zusammengesetzten und niemandem verantwortlichen Sparrunde nicht mit. Wir hoffen und Zählen auf Korrekturen im Parlament, notfalls durch das Volk.

Botschaften der AWM zur finanzpolitischen Demontage der Landesverteidigung

Die Armee ist seit 1990 **drastisch verkleinert** worden.

Die Ausgaben für das Militär sind seit 1990 in **Realwert um 28 Prozent**, die für die Rüstung **um 39 Prozent** gesenkt worden. **Nominal sind sie um 10 Prozent zurückgegangen.** Der Anteil der Militärausgaben an den Bundesausgaben ist seit 1990 von **16 auf 10 Prozent** gesunken.

Von allen Aufgabenbereichen des Bundes hat allein die Armee seit 1990 einen **grossen Sparbeitrag** geleistet. Sie hat in dieser Zeitspanne weit mehr als **ein ganzes Jahresbudget** gespart.

Mit dem **Stabilisierungsprogramm des Bundesrates**, wie von ihm am 1. Dezember 1997 vorgelegt, werden dem Verteidigungsbereich weitere Abstriche von 830 Millionen zugemutet. Damit sinkt der Realwert der Militärausgaben zwischen 1990 und 2001 **um 37 Prozent**, der **Realwert der Rüs-**

stungsausgaben um 50 Prozent. Damit hätte das Verteidigungsdepartement innerhalb von 11 Jahren **zwei volle Jahresbudgets eingespart.**

Die sogenannten Konsensgespräche haben mit der Kapitulation von Bundesrat, Bürgerlichen und Wirtschaft vor frechen linken Forderungen geendet. Die Linke hat praktisch nicht nachgegeben. Um sein Stabilisierungsprogramm zu retten, hat Villiger nicht gezögert, die Verteidigung **schon wieder zur Kasse zu bitten.** Jetzt sollen zwischen 1999 und 2001 der **Verteidigung 1, 1 Milliarden Franken** weggenommen werden.

Damit sind nicht nur der Betrieb und die notwendigen Anpassungen der Armee 95 gefährdet, sondern der Handlungsspielraum für eine lagegerechte Armee 200X wird laufend kleiner.

Es gibt eine sozialistische Initiative für eine **Halbierung der Militärausgaben** innerhalb von zehn Jahren. Sie ist Ende März 1997 eingereicht worden. Die Beschlüsse des „Runden Tisch“es“ laufen darauf hinaus, die **Forderung der Initiative ohne jeden Volkentscheid im Schnellzugstempo zu erfüllen.**

Was im Gange ist, ist eine **entscheidende Schwächung unserer Verteidigungsfähigkeit - ohne** die geringste sachliche Begründung. Die gross angelegte Diskussion des Berichtes der Kommission Brunner verkommt damit zu einer **geschmacklosen Alibiübung.**

Der «Runde Tisch» ersetzt die ordentlichen Entscheidungswege nicht

**Von Bruno Frick
Ständerat**

Der Bund hat 100 Milliarden Schulden und vermehrt sie jährlich um 5-7 Milliarden Defizit. Mit den Haushaltszielen 2001 setzen wir die Leitmarken, dass wir zur Tugend der ausgeglichenen Bundesrechnung zurückfinden und den Weg des guten Vorsatzes nicht verlassen. Über diese Massnahmen, mit denen dieses Ziel erreicht wird, verhandelt eine Bundesrats-Delegation am «Runden Tisch», mit Vertretern der Bundesratsparteien, der Wirtschaft und der Sozialpartner. In der «Nacht der langen Messer» vereinbarte die Runde am 21. April um 3 Uhr morgens ein Sparprogramm. Den grössten Betrag soll das VBS leisten, welches in den Verhandlungen nicht vertreten war.

Sparen tut weh, ist Verzicht auf Gewohntes bisweilen Notwendiges und dazu müssen grundsätzlich alle Departemente substantiell

beitragen. Das Sparhaus Schweiz lässt sich nicht aus einem Steinbruch VBS allein bauen. Das Resultat und das Vorgehen am «Runden Tisch» lassen Fragen offen, welche noch zu beantworten sind

1.

Mit den Beschlüssen des «Runden Tisch» werden die Militärausgaben von 1990 bis 2001 real um 37.4%, die Rüstungsausgaben sogar um 50% reduziert. Damit ist die Rüstungshalbierungs-Initiative erfüllt, bevor sie das Parlament beraten und das Volk darüberentschieden hat. Der Entscheid deckt sich nicht mit dem Volkswillen, der sich in einer Reihe von Abstimmungen eindeutig klar für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik ausgesprochen hat.

2.

Mit der faktischen Halbierung der Militärausgaben engen wir uns unsere Handlungsfreiheit, die Sicherheitspolitik der Schweiz neu zu gestalten, übermässig ein. Eben haben wir mit der Kommission Brunner zum ersten Schritt angesetzt, unsere sicherheitspolitische Lage gründlich zu beurteilen. Im zweiten Schritt wird es darum gehen, die sicherheitspolitischen Bedürfnisse der Schweiz neu zu definieren und daraus den Auftrag von Armee und Zivilschutz abzuleiten. Nach diesen Bedürfnissen und dem Auftrag bestimmen sich die benötigten Mittel. Auch wenn voraussehbar ist, dass die Kampfarmee bestandesmässig kleiner wird, sind andere Elemente eher auszubauen: die internationale Komponente und die Territorialtruppen zum Schutze der Bevölkerung. Wenn wir heute die Mittel der neuen Armee quasi auf Vorrat halbieren, beschränken wir unsere Handlungs- und Entscheidungsfreiheit in unverantwortlicher Weise. Auch Bundesrat Villiger hat in seiner früheren Funktion als Verteidigungsminister immer wieder unterstrichen, dass eine kleine Armee nicht billiger sei, weil sie eben besser auszurüsten ist als ein Massenheer mit einfacher Ausrüstung. Die Sicherheit der Schweiz ist kein Steinbruch, der ungestraft ausgebeutet werden darf. Denn nicht Sparübungen allein, sondern die Sicherheitsbedürfnisse unserer Bevölkerung bestimmen die Sicherheitspolitik.

3.

Das VBS war in der Delegation des Bundesrates nicht vertreten. Es ist richtig, dass eine Delegation von höchstens drei Bundesräten gebildet wird, damit er sich die Entscheidungsfreiheit bewahrt und nicht durch seine Mehrheit im voraus gebunden wird. Das gleiche gilt für die Parteien und Verbände, die jeweils nur zwei Personen delegieren konnten. Der «runde Tisch» - zusammengesetzt nach taktischen Gesichtspunkten eines raschen Verhandlungsergebnisses - kann Bundesrat und Parlament nicht endgültig binden. Er kann nur die grossen Linien aufzeigen und Empfehlungen abgeben. Die einzelnen Departemente wie auch der Bundesrat und das Parlament behalten die Freiheit

und die Pflicht, die Vorschläge des «Runden Tisches» gründlich zu prüfen. Bei der übermässigen Kürzung im VBS müssen wir korrigieren, weil ein kurzfristiger taktischer Entscheid morgens um 03.00 Uhr nach zwölf Stunden Sitzung nicht den strategischen Entscheid um die künftige Sicherheitspolitik der Schweiz vorweg nehmen darf.

Petition gegen Flugschauen

Der «Schweizerische Schutzverband gegen Flugemissionen» hat der Bundeskanzlei die Petition «Stop den provokativen Monster-Flugschauen» mit 10'589 Unterschriften eingereicht. Gefordert wird, dass an Flugschauen weniger Militärflugzeuge, -staffeln und -helikopter teilnehmen. Ausserdem sollen allgemein weniger Flugschauen stattfinden. Die Petition richtet sich speziell gegen die für August geplante Internationale Bodensee Air-Show in Altenrhein. Sicher sind in diesem Schutzverband nicht nur Armeegegner vereint, aber es ist nicht auszuschliessen, dass diese das «Wort» führen. Die grosse Anziehungskraft von Flugschauen - das konnte auch wieder an den Armeetagen in Frauenfeld beobachtet werden - muss diesen Kreisen offensichtlich wie ein «Stachel im Rücken» schmerzen. Wichtig ist deshalb, dass sich die Veranstalter und die zuständigen Behörden, die jeweils die Einwilligung für Flugschauen geben, sich von einer lautstarken Minderheit nicht einschüchtern lassen! Es ist ein Faktum, dass bis dato weitherum keine anderen Veranstaltungen so viel Publikum anzieht wie dies bei aviatischen Vorstellungen - mit und ohne Militärflugzeugen - der Fall ist!

Die Arbeitsstelle Militär und Ökologie

hervorgegangen aus der Bewegung um den Waffenplatz «Neuchlen-Anschwilen», unterstützt vom «Schweizer Friedensrat» schrieb kürzlich:

"Beinahe wäre ich erstarrt vor Schreck, als heute morgen vor dem Bahnhof in Luzern unvermittelt eine Kolonne von Schützenpanzern meinen Weg kreuzte; ohrenbetäubendes Rattern erstickte den morgendlichen Lärmteppich. - Wie sich wohl die Bevölkerung in der dichtbesiedelten Linthebene fühlt, wenn während mehrerer Wochen im Jahr Panzerhaubitzen mitten durch die Dörfer donnern? Aufgrund von Lärmmessungen können selbst gesundheitliche Schäden nicht ausgeschlossen werden."

Wer die Formulierung dieses Textes analysiert, kann in der Schreibweise unschwer Parallelen zu einer Gruppierung in Dübendorf erkennen. Wer von wem was übernimmt, tut eigentlich nichts zur Sache, beide Gruppierungen setzen sich mit Engagement gegen unsere Landesverteidigung ein und daher scheint nur logisch, dass auch die «Bürgerinnen und Bürger gegen Fluglärm» (BgF) Mitglied dieser «Arbeitsstelle Militär und Ökologie» sind! Peter Bosshard

Wenig Lärm um mehr Lärm

1993, im Vorfeld der Abstimmung um den F/A-18, wurde im Zusammenhang mit der Lärmbelastung des neuen Militärjets immer wieder auf die Messungen hingewiesen, welche die EMPA 1988 in Payerne durchgeführt hatte. Die Bevölkerung wurde beruhigt, der neue Kampfjet sei beim Start «nur» etwa gleich laut und in der Landephase «leiser» als Mirage und Tiger. Im Überflug sei der F/A-18 etwas lauter als die beiden anderen Flieger. Daraus entstand eine hitzige Debatte um Dezibelwerte zwischen Befürwortern und Gegnern der Flugzeugbeschaffung. Heute, fünf Jahre später, donnern die neuen Kampfflugzeuge über unsere Köpfe - allerdings mit anderen Triebwerken als zum Zeitpunkt der erwähnten Lärmessungen. Die neusten Messungen der EMPA zeigen nun, dass der F/A-18 bei der Landung viel lauter ist als die bisherigen Militärjets. Auch beim Start ist der neue Kampfjet am lärmigsten, hier wird jedoch erwähnt, dass der F/A-18 im Gegensatz zu den anderen Fliegern in der Regel ohne Nachbrenner starte.

Es ist schon seltsam: Vor der Abstimmung wurde lautstark mit der «leisen» F/A-18 geworben, kaum ist der Rüstungskauf über die Bühne, wird sehr leise und diskret auf die massiv höhere Lärmbelastung hingewiesen. Eine solche Informationspolitik der Halbheiten und Täuschungen ist nicht akzeptabel. Auch der tröstende Nebensatz, dass die F/A-18 ohne Nachbrenner starte, täuscht nicht über die Rücksichtslosigkeit gegenüber der Bevölkerung hinweg, sondern führt zur Frage, wann wohl diese Einschränkung auch noch fallengelassen wird. Dani Schnider, Bürgerinnen und Bürger gegen Fluglärm (BgF), Dübendorf

Unsere Replik:

Statt Jetflugbetrieb jetzt Lärm von Flugplatzgegnern

SP-Mitglied Dani Schnider von der Gruppierung "BgF" bemühte sich in seinem Leserbrief vom 5. Juni im Glattaler, etwas «Ersatzlärm» in die durch Umbauten auf dem Militärflugplatz verordnete Jetflug-Betriebspause zu bringen. Ganz offensichtlich hat der harte Kern der "BgF" den demokratisch eindeutigen Volksentscheid von 1993 für die Modernisierung unserer Luftwaffe noch immer nicht verdauen können. Er bezeichnet die damalige Informationspolitik als Manöver von Täuschungen und Halbheiten und setzt im selben Leserbrief sogleich komplette Unwahrheiten und Verdrehungen in den Raum, die objektiv einer Klarstellung von unserem Verein bedürfen.

Im Leserbrief wurde nämlich geschrieben, «im Abstimmungskampf sei für die leisen F/A-18 geworben worden, er sei in der Landephase leiser als Mirage und Tiger und beim Start am lärmigsten» und als emotionelle Beigabe «donnern die neuen Kampfflugzeuge bereits heute über unsere Köpfe hinweg».

Es ist völliger Unsinn zu behaupten, im Abstimmungskampf sei für eine leise F/A-18 geworben worden, denn kein leistungsfähiges Kampfflugzeug flüstert vor sich hin! Die im Beschaffungsentscheid enthaltenen stärkeren Triebwerke ermöglichen heute einen Start ohne Nachbrenner, weshalb die F/A-18 beim normalen und üblichen Startvorgang messbar leiser ist als die leistungsschwächeren Mirage und Tiger. Im übrigen basiert der Lärmkataster auf den aktuellen Messungen der EMPA mit den stärkeren Triebwerken. Weiter wurde im Abstimmungskampf nie argumentiert, der F/A-18 sei beim Landevorgang leiser als die anderen Kampfflugzeuge. Festzuhalten ist auch, dass der F/A-18 seit Einführung nur etwa ein Dutzend Mal in Dübendorf gelandet ist - und zwar auch für die interessierten Anwohner weitgehend unbemerkt! Dani Schnider muss wohl aufgrund des «andauernden F/A-18 Donners» die Flugzeuge verwechselt haben oder es gilt, im Vorfeld der Stationierung einen möglichst grossen verbalen Krach mit eindeutiger Desinformation zu veranstalten. Aber eben, was ist wohl von den "BgF" und der SP-Dübendorf anderes zu erwarten, die 1993 im Kielwasser der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) an Ostern mit Transparenten gegen die Beschaffung des neuen Kampfflugzeuges durch Dübendorf's Strassen marschierten? Auf jeden Fall werden wir jede bewusste Falschmeldung weiterhin entsprechend kommentieren!

Peter Bosshard, Forum Flugplatz Dübendorf

Auf die nachfolgende Duplik einzugehen, wäre sinnlos gewesen. Kommentar am Ende des Artikels

Lärmfetsch vom Forum Flugplatz Dübendorf

Offensichtlich ist es Peter Bosshard vom Forum Flugplatz Dübendorf nicht mehr möglich, zwischen physikalischem, krankmachendem Lärm und objektiver Argumentation zu unterscheiden. Anscheinend hat Dani Schnider mit seiner Argumentation im «Glattaler» vom 5. Juni das unangenehme, schlechte Gewissen die F/A-18-Befürworter geweckt, so dass es Peter Bosshard wichtig ist, hervorzuheben, dass die Argumente von einem SP-Mitglied kommen, das sich sowieso schon, und als BgF-Mitglied erst recht, mit demokratischen Entscheiden schwertut. Dieses Abdrängen auf eine andere Argumentationsebene ist das übliche Verhaltensmuster, wenn brauchbare Antworten fehlen. Auch mir ist bis heute nicht beantwortet worden, gegen welche Feinde wir die F/A-18 gekauft haben - etwa gegen die EU? Der einzige Schirm, den wir brauchen, ist ein Schirm gegen den Regen oder gegen die amerikanisch-jüdischen Attacken und Sammelklagen. Aber dafür sind die amerikanischen F/A-18 wohl nicht geeignet, denn diese erzeugen lediglich einen riesigen, krank-

machenden Lärmschirm. Natürlich kann ich Verständnis aufbringen, dass man seinen Job behalten möchte, bei dem man auf Kosten der Allgemeinheit noch «Indianerli» spielen kann. Aber dass die Bevölkerung dann auch noch den rücksichtslosen Lärmterror ertragen muss, ist eine unglaubliche Zumutung von Egoisten. Wenn Peter Bosshard die Behauptung aufstellt, dass die F/A-18 bereits mehr als ein dutzendmal in Dübendorf gelandet sei, ohne dass es bemerkt worden sei, dann bedeutet es bestenfalls, dass sie sicher nicht leiser ist als die alten Jets. Im übrigen ist es ein gleiches Gequassel, wie jenes von Max Graf, der in einer Umfrage festgestellt haben will, dass im Glattal angeblich fast niemand bemerkt haben soll, dass der Flugbetrieb eingestellt worden sei. Beide müssen offensichtlich nur schwerhörige Anwohner in ihrer Befragung berücksichtigt haben. Andernfalls ist es schwer zu sagen, ob es sich bei den Geschreibseln um das Resultat von bedauerlicher geistiger Beschränktheit, von rücksichtsloser egoistischer Ignoranz oder gar vor beissendem Zynismus ist. Wir bereiten jedenfalls die Flucht vor dem weiter steigenden Lärmterror vor: bei 7100 Jet-Starts im Jahr werden es täglich rund 35 und pro Stunde etwa 5 Jet Starts sein. Bei dieser Häufigkeit kann ich die Fenster nur noch am Wochenende offen halten, um nicht ständig dem unerträglichen Krach und der giftigen Kerosin-Abgase und - Russ ausgesetzt zu sein! Ich wünsche allen eine gute Gesundheit, auch mir!

Eric Wunderlich, Schwerzenbach

Kommentar:

Mit dem «Rundumschlag» hat sich Eric Wunderlich «Luft» verschafft, auf den zu reagieren müssig ist. Seine Kernaussage deckt sich mit bekannten Argumenten von Armeegegnern. So weit und breit - und für alle Zeiten - er keinen Feind erkennen mag, so schmal und eng scheint der Blickwinkel zu sein. Ob wohl der besagte «krankmachende Lärm» seine Wirkung schon getan hat?

Erläuterung

Die Quellenwerte, gemessen bei einem Vorbeiflug in einer Distanz von 305 m und einem Winkel von 135° zum Messpunkt (grösster Pegel) zeigen, dass die F/A-18 Hornet beim normalen Start ohne Nachbrenner leiser, dafür im Endanflug lauter als die Mirage ist. Laut Auskunft des F/A-18 Cheffluglehrers Felix Stoffel werden die Piloten auch für ein lärmreduziertes Landeverfahren entsprechend geschult. Die Landekonfiguration (voll ausgefahrene Landeklappen zur Erhöhung des Auftriebs und ausgefahrenes Fahrwerk) wird so spät wie möglich, d.h. erst bei einer Distanz von 2.5 NM (4.6 km) vor dem Aufsetzpunkt (Final) erstellt. Um die Geschwindigkeit im Endanflug von rund 130 kts (240 km/h) mit Sicherheitsreserve, d.h. Faktor

Von der Lagebeurteilung zur Strategie:

Gedanken zur Schweizer Sicherheitspolitik

Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft (VSWW), Postfach 65, 8024 Zürich

1.

Wir stellen fest, dass sich seit der strategischen Wende 1989/90 und mit dem Zerfall der Sowjetunion das strategische Umfeld der Schweiz grundlegend verändert hat. Die europäische Sicherheitslage hat sich nach dem Übergang der Grossmächte von der Konfrontation zur Kooperation verbessert.

Im Umkreis der Schweiz gibt es nur Demokratien, die keinerlei machtpolitische Gefahr für den Kleinstaat darstellen. Ein Rückfall in eine Renationalisierung der Verteidigung und neue Konfrontationen zwischen unseren Nachbarn ist - zumindest auf lange Zeit hinaus - nicht zu erwarten.

2.

Wir geben im Lichte der Erfahrungen der Geschichte zu bedenken, dass sich im sicherheitspolitischen Bereich kurzfristige Schwergewichtssetzungen und Abstellen auf Momentaufnahmen nie lohnen. Die Ungewissheit bezüglich der Zukunft ist zu akzeptieren. Die sicherheitspolitische Grundbereitschaft zur Selbstbehauptung der Nation und als Versicherung gegen von aussen verursachtes Leid und Elend braucht konstante Investitionen und Anstrengungen. Insgesamt ist die Welt seit der Wende alles andere als stabiler geworden, neue Konflikte und Gefahrenpotentiale bedingen adäquate Vorkehrungen.

3.

Wir plädieren im Bereich der Sicherheitspolitik für die strategische Option der «Kurskorrektur» in Richtung einer angepassten Eigenleistung und zweckmässiger Kooperation im Rahmen wechselnder Gruppierungen. Diese Strategie der nationalen Selbstbehauptung, eingebettet in die internationalen kooperativen Stabilisierungsbemühungen (OSZE, NATO), entspricht der absehbaren künftigen Sicherheitslage am besten und erscheint innenpolitisch mehrheitsfähig.

4.

Wir votieren für eine Neuinterpretation des ausserpolitischen Instruments der Neutralität. Als Maxime der Sicherheitspolitik hat die Neutralität an Bedeutung verloren. Gegenüber vielen neuen Gefahren ist sie bedeutungslos. Dagegen behält sie ihre Bedeutung als Prinzip der Nichteinmischung in machtpolitische Auseinandersetzungen und für die Rolle der Schweiz als ausgleichende Kraft in der Völkergemeinschaft. Die Leistung Guter Dienste bleibt wichtiger Bestandteil eines auf Stabilität und Solidarität ausgerichteten Beitrags der Schweiz zur Sicherheit. In sicherheitspolitischen Bereichen, in denen die Neutralität irrelevant ist, ist die Zusammenarbeit auszuweiten.

5.

Wir sind davon Überzeugt, dass die Armee auch in Zukunft Kernelement der Sicherheitspolitik bleibt. Sie wird weiterhin in eine territoriale Komponente, ein Heer und eine Luftwaffe gegliedert sein. Die Qualität von Truppe und Kader ist wichtiger als ihre Zahl. Im Kern muss die Schweizer Armee namentlich aus staatspolitischen Gründen eine im Volk verankerte und in der Wirtschaft akzeptierte Milizarmee bleiben. Stützung braucht dieser Milizkern durch professionelle Elemente in hochkomplexen und anspruchsvollen Einsatzbereichen, im Ausbildungsbereich und teilweise in der Führung. Ein weitgehender Übergang zu Berufskadern und Berufstruppen ist für eine tragfähige Schweizer Sicherheits- und Militärpolitik nicht angängig. Führung, Bereitstellung und Mobilisationsfähigkeit der Armee müssen jederzeit gewährleistet bleiben.

6.

Wir verlangen, dass die Armee als Ganzes auch in Zukunft in der Lage ist, die situationsgerechte Führung von Armeeeinsätzen jederzeit zu gewährleisten, die zeitgerechte Bereitstellung von Stäben und Truppen mit der notwendigen Ausrü-

stung sicherzustellen, die notwendigen Anpassungen von Heer und Luftwaffe an die Gefahrenpotentiale im Sinne der Reduktion oder der Verstärkung mit einem Horizont von wenigen Jahren durchzusetzen. Auch die Armee der Zukunft ist nicht dazu da, zu gefallen; sie soll ihre Aufträge vollumfänglich und effizient erfüllen können.

7.

Wir anerkennen, dass die Planung der neuen Armee, ihrer Organisation, ihrer Doktrin, ihrer Gliederung und ihrer Ausbildung Sache der dafür zuständigen Organe von Armeeführung und VBS sein wird. Den finanziellen Rahmen dazu wird die Politik - Bundesrat und Parlament festlegen. Dabei sind folgende Eckwerte zu beachten:

- Wir wollen keine in der Verfassung festgeschriebene Halbierung der Militärausgaben. Sie wäre eine inakzeptable Einschränkung der Handlungsfähigkeit der Politik.
- Wir wollen eine grundsätzliche Wehrpflicht/Dienstpflicht des Schweizer Bürgers und plädieren für eine weitere Verjüngung der Armee durch flexible Anpassung des Wehrpflichtalters.
- Wir setzen uns für eine glaubwürdige und effiziente Rüstung und Ausbildung der Armee ein. Die Ausbildung 95 ist jetzt rasch zu korrigieren; die Rückkehr zum jährlichen Wiederholungskurs in optimal eingerichteten Ausbildungsregionen ist notwendig.
- Wir votieren für die Schaffung angemessener Verbände für internationale, friedenssichernde Einsätze.
- Wir wenden uns entschieden gegen den grassierenden Dilettantismus in der militärpolitischen Diskussion, gegen den Verzicht auf militärischen Sachverstand und gegen mangelndes Selbstvertrauen.

1.3 über der Geschwindigkeit zum Strömungsabriss einhalten zu können, muss zur Überwindung der Widerstände (ausgefahrenes Fahrwerk und Klappen auf Landstellung) die Triebwerkeleistung in Abhängigkeit zum Landegewicht angepasst d.h. auf etwa 80% erhöht werden (Leerlauf ca. 70%). Diese Triebwerkeleistung erzeugt einen grösseren Lärmpegel. Der Landeanflug geschieht normalerweise mit einem Gleitwinkel von ca. 11° und die Triebwerkeleistung wird mit «manual throttle» (manuelle Leistungseinstellung) verändert.

Das Landeverfahren ist grundsätzlich bei allen Kampfflugzeugen grundsätzlich gleich.

Die F/A-18 ist jedoch im Vergleich zur Mirage und zum Tiger wesentlich grösser und schwerer und verfügt über die Leistungsreserve eines modernen Kampfflugzeuges.

Zu bemerken ist, dass die für unser Lärmempfinden relevantere Lärmenergie beim Startmanöver entsteht und einen bedeutend grösseren Lärmkegel verursacht als bei Landemanövern in der Endphase.

Wesentlich ist, dass die geplanten 1500 F/A-18- und die übrigen 5600 Jetstarts in Dübendorf zu keiner Veränderung des Lärmbelastungskatasters führen. Die äusserst exakt erfassten Lärmmessungen der EMPA basieren auf aktuellen Messungen.

Ich bin überzeugt, dass unsere Berufspiloten unter dem Primat der Flugsicherheit alles tun werden, um die Lärmemissionen, insbesondere in Flugplatznähe, so gering wie möglich zu halten. P.B.

Für die Mitglieder liegt dieser Ausgabe das Protokoll unserer letzten Generalversammlung bei.

Neumitglieder sind herzlich willkommen! Einen Anmelde-talon finden Sie auf Seite 8.

Forum Flugplatz Dübendorf

Unter diesem Namen wurde Anfang November 1990 in Dübendorf ein unabhängiger Verein im Sinne von Art.60/ZGB gegründet mit dem Zweck, die immer wiederkehrende Frage des Militärfluglärms auf einer sachlichen Basis zu diskutieren. Wir bekennen uns zur Notwendigkeit einer glaubwürdigen Landesverteidigung, welche auch eine effiziente Luftwaffe beinhaltet. Die damit verbundene Lärmbelastung erscheint uns als ein Teil des Preises, den wir zur Erhaltung dieser Glaubwürdigkeit zu bezahlen haben.

Auch wir treten für Lebensqualität im Raum Dübendorf ein. Wir unterstützen Anstrengungen, die unternommen werden, um den Militärfluglärm so gering wie möglich zu halten. Das notwendige Training der Luftwaffe zur Erfüllung

ihrer Aufgabe darf aber dadurch nicht beeinträchtigt werden. Niemand kann für Lärm sein, aber im Gegensatz zum Verein "Bürger und Bürgerinnen gegen den Fluglärm" betrachten wir die Fluglärm-Problematik in einem grösseren Zusammenhang.

Wir sind weder ein kultureller Verein mit regelmässigen Zusammenkünften und Mitgliederversammlungen noch eine Konkurrenz zu Parteien. Wir können aber mit unserer Arbeit politische Parteien, die ebenfalls zu einer glaubwürdigen Landesverteidigung stehen, unterstützen oder ergänzen.

Es freut uns sehr, wenn Sie unserem Verein beitreten und danken für Ihre Unterstützung.

Dafür brauchen wir Ihre Unterstützung!



Beitrittserklärung zum Verein Forum Flugplatz Dübendorf

Anmeldung:

Hiermit beantrage ich, dem Verein Forum Flugplatz Dübendorf beizutreten und bestätige gleichzeitig, nicht Mitglied der GSoA, des Vereins «Bürger und Bürgerinnen gegen den Fluglärm» oder einer ähnlichen, gegen unsere Luftwaffe oder Landesverteidigung gerichteten Organisation zu sein.

Bitte senden Sie diese Anmeldung an nachstehende Adresse (mit gleichzeitiger Einzahlung des Mitglieder-Jahresbeitrages von Fr. 25.-- auf unser Postkonto).

Adresse:

Name:

Vorname:

Strasse:

PLZ / Ort:

Telefon P:

Unterschrift:

Datum:

Postfach 1085, 8600 Dübendorf, Postkonto: 80-47799-0